



Als wir uns am 6. September um 14 Uhr am Bahnhof trafen um, zum wiederholten Male, zur Sitzung der Sozialdeputation zu demonstrieren, erfuhren wir von der Polizei, dass die Deputationsitzung vom Siemenshochhaus kurzfristig in die Bürgerschaft verlegt worden sei. Also demonstrierten wir zur Bürgerschaft. Der Empfang dort war alles andere als einladend. Vor der Bürgerschaft empfing uns ein Aufgebot von Polizei mit zwei schier durchdrehenden Schäferhunden an langer Leine. Wie wir später aus dem Artikel in der taz erfuhren, hatte die Deputation „ihre Sitzung extra aus dem Siemenshochhaus in die Bürgerschaft verlegt, damit 20 Demonstrierende mit hinein gepasst hätten in den Sitzungssaal.“ (taz vom 7.9.2007) Eine Einladung, mit uns über die Mietobergrenzen zu

diskutieren und auch den Empfang stellen wir uns allerdings ein bisschen anders vor. Auf alle Fälle nicht mit geifernden Polizeihunden. Herr Grother versicherte zwar, er habe sie nicht bestellt. Auch Frau Rosenkötter, gab, als sie darauf angesprochen wurde, keine Antwort. Wir wollen mit der Sozialdeputation über unsere Forderungen diskutieren. Wir wollten aber nicht aus denen, die mit uns zur Sitzung der Sozialdeputation demonstriert sind, 20 auswählen die dann die Diskussion mit den Deputierten führen und der Rest bleibt draussen. Deswegen haben wir das Angebot von Frau Rosenkötter, dass 20 von uns an der Sitzung teilnehmen können, abgelehnt. Damit alle Betroffenen mit den Mitgliedern der Sozialdeputation diskutieren können schlagen wir vor:

**Wir laden die Mitglieder der Sozialdeputation
und alle Betroffenen und Interessierten ein
zur Diskussion
über die Mietobergrenzen
für ALG II Beziehende**

**Am Dienstag, dem 25. September 2007
Um 18 Uhr**

Im DGB-Haus, Tivoli-Saal

(Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen)

**ohne Sitzplatzbegrenzung
ohne Empfang durch Polizei und Schäferhunde**

Es laden ein:

**Solidarische Hilfe Bremen, so:leb Solidarischer Lebensbund,
IG-Metall Arbeitskreis Erwerbslose, ver.di Erwerbslosenausschuss,
bremer-montagsdemo**

Mehrmals haben wir im Frühjahr diesen Jahres bei den Sitzungen der Sozialdeputation unsere Forderung nach voller Übernahme der Miet- und Heizkosten für Arbeitslosengeld II Beziehende vorgebracht.

Nach der Bürgerschaftswahl im Mai gab es eine neue Regierungskoalition, die im Koalitionsvertrag folgendes festhielt:



Die Regelungen in vergleichbaren Großstädten ist, dass generell die Mietstufe „nach 1992“ der Wohngeldtabelle als „angemessen“ angesehen wird.

Das heißt für Alleinstehende sind 325,-€ Kaltmiete plus Nebenkosten angemessen. In verschiedenen Gerichtsentscheidungen werden auf die 325,-€ noch 10% (also 32,50 €) draufgegeben, so dass die Mietobergrenze bei 357,50 € liegt.

Am 17. August stellte die Sozialsenatorin in einer Pressekonferenz den neuen GEWOS-Bericht vor und gab bekannt, was sie sich als zukünftige Mietobergrenze für Bremen vorstellt: 310,-€ soll die Obergrenze für einen Alleinstehenden betragen, für jede weitere Person 60,-€.

Diese neue Regelung orientiert sich weder an vergleichbaren Großstädten noch an der geltenden Wohngeldtabelle. Auch kann der GEWOS-Bericht die BAGIS nicht von der Einzelfallüberprüfung anhand der tatsächlichen Gegebenheiten des Wohnungsmarktes innerhalb des Stadtteils befreien. Wird diese vorgeschlagene Regelung von der Sozialdeputation so in Kraft gesetzt, bedeutet dies außerdem für Familien mit mehr als zwei Kindern, dass sie weniger bekommen als bisher. Auch der Erhöhungsbetrag für jede weitere Person mit 60 € bleibt weit hinter den im Wohngeldgesetz vorgesehenen Beträgen (zwischen 65 € bis 75 €) zurück.

Nach der Berechnung im GEWOS-Bericht für die neue Obergrenze von 310 € plus 60 € für jede weitere Person, bleiben aber immer noch 4660 Be-

„Wir wollen die Umzugsaufforderungen drastisch reduzieren. Die Mietgrenzen in Bremen sollen sich an den Regelungen vergleichbarer Großstädte orientieren. Umzugsaufforderungen sollen nur erfolgen, wenn annehmbarer Ersatzwohnraum tatsächlich vorhanden ist. Dabei soll sichergestellt werden, dass möglichst eine räumliche Nähe zum bisherigen Wohnort gewahrt bleibt und soziale Härten verhindert werden. Wir werden außerdem unsere Einwirkungsmöglichkeiten auf die GEWOBA nutzen, damit sie in ausreichendem Maße preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellt.“

aus: Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007-20011 zwischen SPD und Grünen

darfsgemeinschaften, die in „nicht angemessenen“, sprich zu teuren, Wohnungen leben.

Ob man das als „drastische Reduzierung“ bezeichnen kann, überlassen wir jedem selbst.

Wir finden 4660 Bedarfsgemeinschaften, die in Unsicherheit leben, zu viel.

Die neue Koalition beginnt ihre Regierungszeit also gleich mit einem gebrochenen Versprechen, nicht Wahlversprechen sondern Versprechen in der Koalitionsvereinbarung. Und soll uns niemand erzählen, die Sozialbehörde in Bremen, inklusive der Sozialsenatorin Rosenkötter, wäre nicht über die Regelungen in anderen Kommunen informiert.

Deshalb fordert der Erwerbslosenausschuss ver.di Bremen:

- **Volle Übernahme der tatsächlichen Miete- und Heizkosten durch die BAGIS**
- **Verbleib der GEWOBA in öffentlicher Hand**
- **Günstigen Wohnraum für ALG II-Beziehende, Menschen ohne Obdach oder mit niedrigem Einkommen, Studierende, etc. anzubieten**

Für Nachfragen:

Klaus Neumann (ver.di-Erwerbslosenausschuss)

Tel: 0421-6848940

Mietobergrenzen in Bremen

	alte Obergrenzen	neue Obergrenzen	Veränderung
1 Person	265 €	310 €	+ 45 €
2 Personen	355 €	370 €	+ 15 €
3 Personen	420 €	430 €	+ 10 €
4 Personen	490 €	490 €	+ 0 €
5 Personen	560 €	550 €	- 10 €
6 Personen	630 €	610 €	- 20 €
7 Personen	700 €	670 €	- 30 €



Erwerbslosenausschuss ver.di Ortsverein Bremen

Eine Veröffentlichung der Gewerkschaft ver.di, Ortsverein Bremen, Erwerbslosenausschuss, v.i.S.d.P. Kornelia Knieper, Pressesprecherin ver.di Bezirk Bremen-Nordniedersachsen, Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen, Tel: 0421/3301-154 (Redaktion: Klaus Neuman) 13.09.2007